



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. Mai 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 306 Postulat Piazza Daniel und Mit. über eine aktive Bekämpfung der Missstände in der Coiffeur-Branche in Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Daniel Piazza hält an seinem Postulat fest.

Daniel Piazza: Sind Sie zum Beispiel schon einmal durch die Stadt Luzern gefahren und haben versucht zu zählen, wie viele Coiffeurgeschäfte an den verschiedenen Hauptverkehrsachsen liegen? Es sind Dutzende, eine überwiegende Mehrheit davon Billigsalons, oft Barbershops genannt, frisch eröffnet. Im ganzen Kanton sind Billigsalons in den letzten zwei bis drei Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen, längst nicht nur im Stadt- und Agglomerationsgebiet. Ich habe wohlverstanden nichts gegen neue Geschäftsmodelle, im Gegenteil. Man muss jedoch stutzig werden, ob ein solches explosionsartiges Wachstum in einem Markt überhaupt sein kann, in welchem sich über Jahrzehnte Angebot und Nachfrage ungefähr die Waage gehalten haben. Was ist los in der Coiffeur-Branche in Luzern? Ich bin nicht vom Fach, aber etwas stimmt hier nicht. In einem SRF-Beitrag in der «Rundschau» kann man erfahren, dass das nicht etwa bloss ein Luzerner Phänomen ist, sondern ein Trend in der ganzen Schweiz. Der Kanton Bern führt unangekündigte und koordinierte Kontrollen und Razzien durch und versucht, die paritätische Kommission einzubinden. Das dürfte nicht zuletzt auch eine Frage der Kapazitäten sein, wie es die Anfrage A 445 von Marcel Budmiger noch an dieser Session thematisiert. Es ist jedoch sicher ein Problem, wie es Marcel Omlin selig in seiner Anfrage A 712 bereits thematisiert hat. Man kann sagen, in dieser Branche gebe es seit 2018 einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) und eine paritätische Kommission, welche Verdachtsmeldungen nachgeht. Das reicht jedoch nicht. Warum? Eine Nachfrage bei der paritätischen Kommission zeigt, dass sie grundsätzlich den Lohn der dem GAV unterstellten Personen kontrolliert, also die Arbeitszeiten, die Überstunden und Ähnliches. Auf der anderen Seite ist der Kanton zuständig für die Schwarzarbeitskontrolle, die Sozialversicherungen, die Steuern und die Mehrwertsteuer. Fazit: Man kann die Kontrolle nicht ganz der paritätischen Kommission übertragen. Es ist ganz zentral, dass es vonseiten des Kantons mehr Kontrollen braucht, vor allem auch unangekündigte. Das ist das erste Hauptanliegen dieses Vorstosses. Die 20 Kontrollen pro Jahr, welche der Kanton momentan durchführt, sind zu wenig. Er muss neu proaktiv, häufiger und engmaschiger kontrollieren. Mit 20 Kontrollen hat er gerade einmal einen Strassenzug in der Agglomeration kontrolliert. Bei den 20 Kontrollen im Jahr 2020 hat der Kanton 38 vermutete Verstösse vorgefunden. Wichtig ist dazu zu sagen, dass der Coiffeurverband zu 100 Prozent hinter mehr Kontrollen steht. Sein Berufsstand mit vielen Angestellten und Lehrstellen ist in Gefahr. Er schlägt Alarm. Rechtschaffene Unternehmer werden im Moment mehr und mehr aus dem Markt gedrängt. Übrigens: Billigsalons bilden keine Lehrlinge aus. Das zweite Hauptanliegen ist,

dass Kontrollen koordiniert durchgeführt werden. Das heisst, der Kanton soll seine Kontrollen auch von der Gewerbebehörde oder allenfalls von den Sozialbehörden oder der Polizei begleiten lassen und diese allenfalls zusammen mit der paritätischen Kommission durchführen. Der Kanton Bern konnte mit diesem Vorgehen die bestehenden Missstände recht gut bekämpfen und zum Teil beheben. Dies hat auch eine abschreckende Wirkung. Ich möchte dem Regierungsrat beliebt machen, dass er dem wundersamen Wachstum von Marktteilnehmern in der Coiffeur-Branche auf den Grund geht. Vielleicht ist es im Kanton Luzern nicht so schlimm, vielleicht gelingt es aber auch wie im Kanton Bern, Problemfälle aufzudecken, zum Beispiel Monatslöhne von 400 bis 1000 Franken pro Mitarbeiter ohne Arbeitsbewilligung. Ich würde mich über Ihre Unterstützung meines Postulats sehr freuen.

Markus Schumacher: Es brennt in der Coiffeur-Branche, und es ist nicht einfach ein Feuerchen, es ist ein Flächenbrand über die ganze Schweiz, und für einmal nicht wegen Covid. Es ist ein Flächenbrand, weil man Missstände zu wenig angeht. Es sind ungleich lange Spiesse in diesem Markt entstanden. Ich bin seit 45 Jahren in dieser Branche tätig und glaube, dieses Umfeld und die Marktmechanismen sehr gut zu kennen. Mit 25 Franken für eine Dienstleistung kann man sich nur über Wasser halten, wenn der Besitzer ganz allein arbeitet, und selbst dann bleiben einige Fragezeichen im Raum. Sobald dann aber noch Angestellte im Betrieb mitarbeiten, geht eine solche betriebswirtschaftliche Kalkulation auf gar keinen Fall mehr auf. Dazu muss man wissen, dass die Branche einem allgemeinverbindlichen GAV unterstellt ist, der die Mindestlöhne zwischen den Sozialpartnern klar regelt. Es steht also die berechnete Frage im Raum: Wie machen die das? Gibt es noch andere Geldquellen? Könnte Geldwäscherei im Spiel sein? Wie erklärt sich der Regierungsrat die schnellen Wiedereröffnungen nach einem Konkurs mit der gleichen Einrichtung, den gleichen Personen und dem gleichen Konzept, einfach unter anderem Namen? Vermutete Missstände wie Schwarzarbeit, ungerechtfertigte Ketten-Praktika zu Löhnen, welche gegen das geltende Recht verstossen, Verstösse gegen das Ladenschlussgesetz, Verstösse gegen das Ausländerrecht, Verstösse gegen das Sozialversicherungsrecht, Verstösse gegen das Steuerrecht wie zum Beispiel die Quellensteuer oder die Abrechnungen der Mehrwertsteuer oder vermutete Geldwäscherei – solche Verstösse müssen kontrolliert werden. Aber ist jetzt dieses Postulat das richtige Instrument dazu? Innerhalb der SVP-Fraktion gab es viele Diskussionen darüber. Schlussendlich geht es um mehr Kontrollen. Damit diese jedoch gemacht werden können, müssen zumindest vermutete Verfehlungen an die richtigen Kontrollstellen gemeldet werden, denn was gemeldet wird, wird auch kontrolliert. Im Kanton Bern ist genau das passiert: In der Stadt Thun wurden sechs Betriebe gemeldet, und diese wurden durch die kantonalen und paritätischen Behörden kontrolliert. Fünf Betriebe mussten verzeigt werden. Ist das nur in Thun so, oder gibt es das im Kanton Luzern auch? Wir waren in der SVP geteilter Meinung. Aus diesen Gründen lehnt eine Mehrheit der SVP-Fraktion dieses Postulat wegen Erfüllung ab.

Angelina Spörri: In den letzten Jahren und Monaten konnte man viele Neueröffnungen von Barbershops beobachten. Sie bieten nebst dem traditionellen Barber-Handwerk kostengünstige Einheitsschnitte an und stehen so natürlich in Konkurrenz zu traditionellen Coiffeurläden. Von diesen Betrieben halten sich viele an den GAV für das Schweizerische Coiffeurgewerbe, und viele halten sich auch an das Ausländerrecht, das Quellensteuerrecht und das Sozialversicherungsgesetz. Dass es aber auch Betrüger gibt, ist klar, und dass man diese kontrollieren muss, ist auch klar. Es braucht Kontrollen in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen, also die Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrages. Dafür ist die Paritätische Kommission für das schweizerische Coiffeurgewerbe (PK Coiffure) zuständig. Für die Kontrollen der Einhaltung der Meldungs- und Bewilligungspflicht gemäss Sozialversicherungs-, Ausländer- und Quellensteuerrecht ist die Kantonale Industrie- und Gewerbeaufsicht (KIGA) zuständig. Der Antwort des Regierungsrates ist zu entnehmen, dass zwar Verdachtsmeldungen und auch gefundene Verstösse in den letzten zwei Jahren zugenommen haben, jedoch im Vergleich zu anderen Branchen nicht höher seien. Die GLP-Fraktion begrüsst die Pläne der KIGA, noch dieses Jahr gemeinsam mit der

paritätischen Kommission koordinierte Kontrollen durchzuführen. Nur eine gesamtheitliche Kontrolle kann gesetzeswidrig handelnde Betriebe umfassend kontrollieren und allenfalls in flagranti erwischen. Weiter gehende Massnahmen lehnen wir zum jetzigen Zeitpunkt ab und somit auch das Postulat.

Heidi Scherer: Das Anliegen des Postulats ist gerechtfertigt. Take-away-Coiffeure, wie Barbershops auch genannt werden, welche pro Stunde mehrere Kunden bedienen, praktisch ausschliesslich Männer, können durchaus kritisch in Bezug auf die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen und des GAV – welcher übrigens erst seit März 2018 besteht – betrachtet werden. Es darf in der Branche nicht zu Wettbewerbsverzerrungen aufgrund von Verstössen kommen. Ob hier ein Generalverdacht gegenüber den Barbershops angebracht ist, ist allerdings fraglich. Doch es macht durchaus Sinn – wie es der Regierungsrat in seiner Antwort aufzeigt –, dass koordinierte und unangemeldete Kontrollen in diesem sensiblen Bereich verstärkt vorgenommen werden, dies im Interesse der Gleichbehandlung, gegen Wettbewerbsverzerrungen, gegen Schwarzarbeit und selbstverständlich im Interesse der Angestellten, die aufgrund des GAV klar definierte Anstellungsbedingungen erwarten dürfen. Die Coiffeur-Branche stellt einen erhöhten Handlungsbedarf fest. Es steht somit jedem Mitbewerber frei, die Verdachtsmeldungen der PK Coiffure zu melden. Dasselbe gilt auch für die Bevölkerung. Die Nichteinhaltung der geschäftsmässigen Pflichten soll geahndet werden. Zudem soll es auch im Interesse der GAV-Partner sein, dass entsprechende Verträge kontrolliert und durchgesetzt werden. Wie in der Antwort erwähnt, werden im Kanton seit Kurzem vermehrt koordinierte und unangemeldete Kontrollen vorgenommen. Die KIGA und die PK Coiffure müssen aktiv bleiben. Deshalb soll die Kadenz weiterhin energisch hoch gehalten und allenfalls noch verstärkt werden. Allerdings ist die Prüfung einer kantonalen Bewilligungspflicht, wie dies der Postulant vorschlägt, für uns keine Option. Die Haltung der Ablehnung wegen Erfüllung teilen wir nicht. Damit die Sensibilisierung hoch bleibt, unterstützt die FDP-Fraktion die Erheblicherklärung des Postulats.

Bernadette Rüttimann Oehen: In diesem Postulat geht es einerseits um GAV- und allgemeine arbeitsrechtliche Verstösse. Diese werden von der paritätischen Kommission des GAV-Verbandes selbst kontrolliert. Auf der anderen Seite geht es um Verstösse bezüglich Schwarzarbeit, Ausländerrecht und Sozialversicherungs- und Steuerrecht. Diese Kontrollen werden von der KIGA als Vollzugsorgan des Sozialversicherungszentrums Wirtschaft Arbeit Soziales (WAS), Dienststelle Wira, durchgeführt. Die Regierung führt in ihrer Antwort aus, dass die KIGA risikobasierte Kontrollen durchführt, und zwar aufgrund konkreter Hinweise von Behörden und Drittpersonen. Aus meiner Sicht hat dies nichts mit einer risikobasierten Kontrolle und Erhebung zu tun. Risikobasiert wäre, wenn man die Meldungen gewichten würde mit einer geografischen Verteilung, mit Grössenkriterien der Betriebe und zum Beispiel auch mit Neueröffnungen oder bereits mehrfach kontrollierten Betrieben. Die KIGA hat im letzten Jahr 20 Meldungen erhalten. Sie hat 14 Betriebe kontrolliert und 38 Verstösse festgestellt. Das sind 2,7 Verstösse pro kontrollierten Betrieb. Wenn man davon ausgeht, dass vielleicht ein oder zwei Betriebe keine Verstösse hatten und ein oder zwei Betriebe wenig Verstösse, dann müssen die Mehrheit der Betriebe drei bis vier Verstösse gegen das Verbot von Schwarzarbeit und das Ausländer-, Sozialversicherungs- oder Steuerrecht aufweisen. Das ist inakzeptabel. Aus Sicht der CVP ist es unerlässlich, dass der Regierungsrat den Prüfauftrag annimmt, die Methodik der Kontrollen hinterfragt und in den nächsten Jahren mehr Kontrollen durchführt, bis das Vertrauen in der Coiffeur-Branche und in der Bevölkerung wiederhergestellt ist. Aus diesem Grund unterstützt die CVP-Fraktion das Postulat und stimmt für die Erheblicherklärung.

Hans Stutz: Erstens: Der Postulant liess sich für seinen Vorstoss von einer kleinen Medienkampagne beeinflussen, die nicht frei von fremdenfeindlichen Untertönen war. Zweitens: Die Kontrolle von Gesamtarbeitsvereinbarungen ist meist auch in den Gesamtarbeitsverträgen geregelt und wird auch umgesetzt. Das vorliegende Postulat zielt aber auf eine einzelne Branche beziehungsweise auf eine bestimmte Geschäftsform dieser Branche, und falls der Staat durch vermehrte Kontrollen eingreifen sollte, dann soll er das auch bei allen anderen Branchen tun. Ein Generalverdacht, wie er hier angetönt wurde, ist

aber nicht angebracht. Ich werde den Verdacht nicht los, dass hier ein Konkurrenzkampf politisch ausgetragen wird. Die G/JG-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Marcel Budmiger: Die SP-Fraktion wird das Postulat unterstützen. Wir danken Daniel Piazza für den Vorstoss. Es ist bekannt, dass die KIGA unterdotiert ist. Wir werden nachher noch eine Anfrage von mir besprechen, welche genau dies zum Thema hat. Wenn man etwas machen und mehr Kontrollen will, darf das nicht zulasten anderer Bereiche gehen, in denen die Missstände zunehmen könnten. Das heisst es braucht schlussendlich mehr Mittel. Wir kommen zu einem anderen Schluss als mein Vorredner. Es geht nicht nur um die Coiffeur-Branche, es geht auch um andere Branchen, die mehr Kontrollen verdient hätten. Mir ist auch etwas unverständlich, wieso hier nur von dieser einen Branche gesprochen wird. Es wurden diverse Punkte genannt, die kritisch sein können. Es sind zum einen die zu tiefen Löhne. Wir wollten kantonale Mindestlöhne einführen, sind damit leider aber in diesem Rat nicht durchgekommen. Die Ladenöffnungszeiten werden nicht eingehalten. Auch das haben wir hier schon besprochen. Gemeinden, die ihre Läden illegalerweise länger geöffnet lassen, wurden von gewissen Personen als schlaue bezeichnet. Wir bitten den Regierungsrat, hier ebenfalls konsequenter durchzugreifen. Das Stichwort Geldwäscherei ist gefallen. Auf Stufe Bund wurden diesbezüglich Gesetzesverschärfungen von bürgerlicher Seite her abgelehnt. Im Coiffeur-Bereich haben wir aber viele Probleme, die man lösen könnte, wenn man bessere Gesetze schüfe. Das scheitert leider regelmässig. Wir werden das Postulat trotzdem unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich erlaube mir eine Vorbemerkung: Es wurde hier suggeriert, dass sich das Gewerbe nicht an Gesamtarbeitsverträge oder Gesetze hält. Man nimmt diesen Vorstoss als Anlass, um die KIGA personell zu verstärken. Das finde ich nicht korrekt. Was das Gewerbe bei uns im Kanton Luzern geleistet hat und immer noch in der Corona-Zeit leistet mit den ganzen Vorgaben, das ist viel. Die machen das gut. Überall gibt es schwarze Schafe. Einfach zu sagen, man müsse mehr kontrollieren, das Vertrauen sei nicht mehr da, dagegen wehre ich mich für das Gewerbe. Mit diesem Postulat wird der Regierungsrat aufgefordert, aktiv vorzugehen gegen Schwarzarbeit, nicht korrektes Abrechnen der Sozialversicherungsbeiträge und Steuern sowie gegen das Nichteinhalten von gewerbepolizeilichen Vorschriften. Die KIGA überprüft die Einhaltung der Melde- und Bewilligungspflichten gemäss Sozialversicherungs-, Ausländer- und Quellensteuerrecht. Das machen wir seriös, tagtäglich und korrekt. Die KIGA führt regelmässig Kontrollen in allen Branchen durch und geht auch Meldungen der Polizei oder Dritten nach. Die Einhaltung von Lohn- und Arbeitsbedingungen wird von der KIGA kontrolliert, wenn es sich um Branchen ohne Gesamtarbeitsvertrag handelt. In den anderen Fällen ist es die Tripartite Kommission Arbeitsmarkt, in der unter anderem auch die Coiffeur-Branche vertreten ist. Ich habe das Gefühl, hier ist etwas bestellt worden. Warum, weiss ich nicht. Geht es um Konkurrenz? Es ist nicht verboten, an einer Hauptverkehrsachse ein Geschäft zu eröffnen. Ich finde es etwas scheinheilig zu behaupten, diese Personen würden es nicht vermögen. Sie suggerieren etwas, das Sie nicht belegen können. Das ist gefährlich. Die KIGA wird in diesem Jahr gemeinsam mit der PK Coiffure Kontrollen durchführen; der Fachverband ist also dabei, einzelne Betriebe gesamtheitlich überprüfen zu können. Wir sind und wir bleiben dran zusammen mit der Gewerbepolizei und auch mit der Luzerner Polizei, ob mit oder ohne dieses Postulat. Ich bitte Sie, dieses Postulat wegen Erfüllung abzulehnen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 72 zu 34 Stimmen erheblich.